

Bezugspreis: Vierteljährl. 4.75 RM. monatl. 2.25 RM. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achteilhaltige Nonparelletze kostet 60 Pfg. ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 17. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Oesterreich

Die Wahlen in Oesterreich.

Gewaltiger Sieg der Sozialdemokratie.

Wien, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die gestrigen Wahlen zur deutschösterreichischen Nationalversammlung ...

Die Kriegsparteien, die Christlichsozialen und Deutschnationalen haben eine vernichtende Niederlage erlitten. Die Sozialdemokratie hat einen gewaltigen, überraschend großen Sieg ...

Die Wiener Bezirke.

- Es erhielten Stimmen: 1. (innere Stadt): Soz. 5511, Christl. 7976, Bürgerl. Dem. 4292, kleinere Parteien 2100. ...

nehmern zur Besprechung der bestehenden Differenzen zwischen Kapital und Arbeit vorbereitet. Diese Konferenz wird, wie das Blatt erklärt, eine industrielle Friedenskonferenz sein ...

Ein Rücktrittsgesuch Brodendorff-Ranhaus?

Weimar, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Verschiedene Blätter bringen die Mitteilung, daß der Reichsminister des Auswärtigen Graf Brodendorff-Ranhaus wegen einer abweichenden Ansicht in der Verantwortung der letzten Waffenstillstandsbedingungen sein Portefeuille zur Verfügung gestellt hat ...

Noch keine Konferenz auf den Prinzeninseln.

Genf, 17. Februar. Am Freitag schloß sich, wie bereits gemeldet, an die Sitzung der Konferenz eine geschlossene Beratung der Vertreter der Großmächte an. Die englische Regierung legte ebenso wie Wilson selbst Wert darauf, daß eine Entscheidung über die weitere Behandlung der russischen Angelegenheiten noch vor der Abreise Wilsons getroffen werde ...

Die Berner Delegation bei Clemenceau.

Paris, 17. Februar. (Davas.) Die von der sozialistischen Arbeiterkonferenz in Bern ernannte Delegation, die der Friedenskonferenz dieser Tage die angemessene Entschädigung übermitteln hat, wurde am Sonntag von Clemenceau empfangen. Sie setzte sich zusammen aus Branting, Henderson, Stuart Bunning, Ramsay MacDonald, Longuet und Renaudel. Branting sagte die Entschädigung in kurzen Worten zusammen und wies auf den Geist hin, aus dem heraus der Antrag im Hinblick auf einen gerechten und dauerhaften Frieden angenommen worden sei ...

Baldiger Vorfrieden.

Hoch vermutet es.

Marschall Hoch hat in Lrier auf eine deutsche Anfrage, ob die Verlängerung des Waffenstillstandes nur „auf kurze Zeit“ bedeuten solle, daß mit einem nahen Präliminarfrieden zu rechnen sei, geantwortet: „Ich vermute es.“ Diese offen ausgesprochene Vermutung läßt, bei der Stellung Hochs, tatsächlich auf einen Vorfrieden in kürzester Zeit schließen. Die Entente scheint somit endlich eingesehen zu haben, daß der Wert des Friedens überhaupt jetzt hauptsächlich von dem Zeitpunkt abhängt, zu dem er geschlossen wird ...

Sozialdemokratie und Gemeindefschulpolitik.

Von Oberlehrer Dr. E. Bitta.

Die Durchführung der sozialdemokratischen Schulforderungen, wie Schaffung eines Reichsschulgesetzes, Beseitigung des obligatorischen Religionsunterrichts, Reform des Geschichtsunterrichts, Univeritätsbildung für alle Lehrer, gemeinschaftliche Erziehung der Geschlechter, Aufbau einer Einheitschule von dem Kindergarten bis zur Universität, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung, ist zumeist Sache des Staates. Aber auch die Gemeinden mit sozialdemokratischer Mehrheit werden bis zu einem gewissen Grade unser Schulprogramm verwirklichen können ...

- 1. Errichtung von Kindergärten. Während reiche Leute sich Erzieherinnen, Kindermädchen halten, schöne Gärten, geräumige Zimmer haben, sind die Kinder von armen Leuten meist sich selbst überlassen, noch dazu in engen, dampfigen Stuben. Jede Gemeinde sollte solche Kindergärten errichten. 2. Aufhebung der Vorschulen. Diese werden fast ausschließlich von solchen besucht, deren Eltern nicht arm sind ...

Eine internationale Industriekonferenz.

Haag, 17. Februar. (Mitteilung des Holländisch-Konferenzbureau.) Aus London wird gemeldet: Der „Observer“ meldet, daß die britische Regierung die Einberufung einer internationalen allgemeinen Konferenz von Arbeitgebern und Arbeit-

belief. Die Kosten für die Lieferung der Lehrmittel sind noch weit geringer.

7 Die Unentgeltlichkeit der Verpflegung. Auch diese muß durchgeführt werden, um armen Kindern den Aufstieg zu ermöglichen. Hungerige Kinder können dem Unterricht nicht folgen. In der Unentgeltlichkeit der Verpflegung liegt ein gewisser Ausgleich dafür, daß kinderreiche Familien soviel mehr Ausgaben als kinderarme haben. Durch eine geringe Erhöhung der Ausgaben der reichen Eheleute ohne Kinder und besonders der Junggeheirateten können die Kosten für die öffentliche Verpflegung der Schulkinder vor und nach dem Unterricht aufgebracht werden.

Es darf nicht geparzt werden, wenn es sich um die Förderung von Talenten handelt. Wir brauchen solche auf allen Gebieten, um uns wieder emporzuarbeiten.

Die Durchführung jener sieben Forderungen ist die erste Bedingung, wenn das bekannte Wort „Freie Bahn den Tüchtigen“ in die Tat umgesetzt werden soll. Es ist nicht die Pflicht der Sozialdemokratie, das Gelehrtenproletariat zu vermehren. Es soll aber der Uebelstand beseitigt werden, den Friedrich Paulsen, der kein Sozialdemokrat war, durch die Worte ausgedrückt hat: „Unfähige werden abgerichtet, treten in die leitenden Stellen, wo sie nichts leisten. Andererseits wird solchen, die zu großer Tätigkeit innerliche Begabung mitbringen, die Gelegenheit zur Ausbildung vorenthalten.“

Die Stadt Berlin hat durch Gründung der Realschulen, in denen die erste fremde Sprache in Quarta beginnt, und durch das kürzlich errichtete Gymnasium für begabte Volksschüler gezeigt, daß sie im Schulwesen nicht konservativ ist. Das sind aber nur ganz bescheidene Anfänge, mit denen sich die Sozialdemokratie nicht begnügen kann.

Darum, Ihr Eltern, die Ihr den Kindern ohne Rücksicht auf den Geldsack zum Aufstieg verhelfen wollt; Wählt am 23. Februar sozialdemokratisch!

Einigung zwischen Sozialrevolutionären und Bolschewiki.

Stockholm, 15. Februar. Nach einem Junkspruch aus Moskau hat sich die in Moskau eingeflossene Abordnung der Mitglieder der früheren konstituierenden Versammlung, die gleichzeitig aus hervorragenden Mitgliedern der sozialrevolutionären Partei besteht, in einem Aufbruch an alle Bürger der russischen Republik gewandt, in dem folgendes ausgeführt wird:

Nach dem Umsturz im Oktober 1917 begann die sozialrevolutionäre Partei zur Verteidigung ihres Programms den aktiven Kampf mit der Sowjetgewalt und mit Deutschland. Die Gerechtigkeit zwingt uns jetzt anzuerkennen, daß die Verhandlungen, die Bolschewiki ständen im Solde der deutschen Imperialisten und es sei zwischen ihnen ein gegenseitiges Schutzbündnis abgeschlossen worden, unbegründet waren. In der Absicht, eine einigige allrussische Macht zu schaffen, wurde im September vorigen Jahres in Ufa eine politische Beratung abgehalten, die zur Bildung eines Direktoriums von 5 Mitgliedern führte. Der Plan, zum 1. Januar eine konstituierende Versammlung einzuberufen, konnte nicht zur Ausführung kommen, da die Führer der libidischen Reaktion am 18. November die sozialrevolutionären Mitglieder dieses Direktoriums verhafteten und die oberste Gewalt im Reiche dem Diktator Koltschak übergaben. Der Weltkrieg hat mit dem Niederwerfen des imperialistischen Deutschland geendet. Der Dreier-Frieden ist annulliert und die Einmischung der Verbündeten in die innerrussischen Angelegenheiten nimmt immer deutlichere Formen an. Der russischen Revolution droht jetzt tödliche Gefahr von seiten unserer früheren Verbündeten. Der Entscheidungskampf zwischen sozialer Revolution und sozialer Reaktion hat begonnen. Der Platz der sozialrevolutionären Partei in diesem Kampfe kann nur bei den Arbeitern und Bauern sein, wenngleich die Partei in diesem die Anfänger der russischen kommunistischen bolschewistischen Gruppen nicht

teilt. Bei der augenblicklichen internationalen und innerpolitischen Lage Russlands können wir die Verantwortung für eine Weiterführung des blutigen Bürgerkrieges und für eine Schwächung der Demokratie durch den Bürgerkrieg nicht weiter auf uns nehmen und halten es für unsere Pflicht, nach der Erzielung einer amtlichen Einigung zwischen der sozialrevolutionären Partei und der Sowjetgewalt sämtliche Bürger, Arbeiter und Bauern Russlands zum Zusammenschluß im entscheidenden Kampfe mit dem gemeinsamen Feinde zu mahnen. Es laßt die russische und mit ihr die soziale Weltrevolution!

Barnes über Bern. Die Ueberwindung des Kapitalismus durch Genossenschaften.

Paris, 16. Februar. (Havasmeldung.) Der englische Arbeiterminister Barnes hat geäußert, das freie England stimme den 40 nationalen französischen Sozialisten durchaus bei; in ihnen spiegelte sich auch die Bestimmung der englischen Arbeiter wieder, welche den Krieg einzig und allein zur Vernichtung des preußischen Militarismus begonnen hätten. Barnes erklärte weiter, die internationale Konferenz in Paris habe die Beschlüsse des Berner Gewerkschaftskongresses gut angenommen; wir tun, sagte er, das Mögliche, um das Grundgesetz der Arbeit in den Ländern zu stiften, von dem das Bolschewismus doch nur die Karikatur ist. Barnes beabsichtigt die äußersten Bemühungen, um den Bölkerbund zustande zu bringen und verlangt die weiteste Ausdehnung der Genossenschaftsbewegung. Nach ihm müsse die Regierung dem Proletariat ein Höchstmaß von Wohlergehen und die Regelung der Arbeitsbedingungen für Frauen und Kinder sichern; das Genossenschaftswesen werde die kapitalistische Wirtschaftsweise mehr und mehr ersetzen.

Frauenprotest gegen die Hungerblockade.

Der Nationalversammlung ist ein Antrag Frau Agnes und Genossen zugegangen, in dem es heißt: Die deutschen Frauen und Kinder haben durch die völlige wirtschaftliche Absperrung Deutschlands während des Krieges unsagbar gelitten. Sie alle erhoffen, daß mit der Einstellung des Blutvergießens auch dieses furchtbare Kampfmittel nicht weiter zur Anwendung kommen würde.

Die Hungerblockade ist jedoch nicht aufgehoben. Sie ist barschaft worden.

Kranke, Siehe und Greise fallen ihr in wachsendem Maße zum Opfer. Und durch das große Sterben der Kinder und der werdenden Mütter wird dem deutschen Volk und damit der ganzen Menschheit ein nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt.

Wir fordern deshalb unverzüglich Aufhebung der Hungerblockade.

Wir fordern ferner sofortige Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen, die, wie die Gefangenen aller Länder, nur ihre Soldatenpflicht erfüllt haben. Sie selbst haben Schmerzen erlitten und ihre Eltern, Frauen und Kinder sind von schmerzhaftester Sehnsucht erfüllt.

Wir sind der tiefen Ueberzeugung, die Frauen und Mütter der ganzen Welt empfinden mit uns, daß Menschlichkeit und Gerechtigkeit die Erfüllung der Forderungen verlangen.

Spartakistenkämpfe in Westfalen. Blutiges Ringen um Herbest-Dorsten.

Ueber die Vorgänge im Dorstener Bezirk meldet WAB: In einem heftigen Gefecht kam es zwischen dem westfälischen Freiwilligen Korps (Schlach) und den Spartakisten in Herbest-Dorsten am 10. Februar trotz des Freiwilligenkorps in Reddinghausen ein. In der gleichen Nacht zogen die Spartakisten erhebliche Verstärkungen, vor allem aus Mülheim und Oberhausen heran. Sie besetzten auch in Dorsten den Bahnhof und die beiden Lippe-Brücken. Am 15. Februar vormittags rückten die Regierungstruppen nach Dorsten und nahmen den

Bahnhof und die beiden Brücken. Dann entspann sich ein heftiges Feuergefecht, in das auch die Artillerie eingreifen mußte. Die Truppen drangen erfolgreich vor. Um das Blutvergießen einzuschränken, bot der Kommandeur der Truppen Waffenstillstand und Verhandlungen an. Bei den Verhandlungen forderte er die Abgabe aller Waffen an einem bestimmten Ort und ungehinderte Untersuchung der Straftaten. Da zu der gestellten Frist keine Waffen niedergelegt waren, mußte der Angriff von neuem aufgenommen werden. Das gesamte Herbest-Dorsten wurde besetzt. Das Freiwilligenkorps hatte mehrere Tote und Verwundete. Die Verluste der Spartakisten sind erheblich.

Der Münsterische Konflikt.

Reichswehrminister Kossel sandte an das Generalkommando des 7. Armeekorps folgendes Telegramm:

Da Generalsoldatenrat des 7. Armeekorps sich bisher den Anordnungen der Reichsregierung widersetzt, bin ich damit einverstanden, daß der Kommandierende General v. Walter den Generalsoldatenrat aufgelöst und Neuwahlen angeordnet hat. Wie mir jetzt mitgeteilt wird, schweben zurzeit Verhandlungen zwischen General v. Walter und dem bisherigen Generalsoldatenrat. Diese Verhandlungen können nur zu einem brauchbaren Ergebnis führen, wenn sich der Generalsoldatenrat bebingungslös blunter die Reichsregierung stellt und deren Anordnungen unverzüglich ausführt.

Hierzu bemerkt das Generalkommando des 7. Armeekorps, daß die Neuwahl der Soldatenräte in den nächsten Tagen ansteht.

Eisner demonstriert gegen Eisner.

München, 16. Februar. Die angekündigte große Demonstration, die eine Woche lang die Gemüter erregte, hat heute unter überaus großer Beteiligung — es waren wohl 150 000 Menschen gewesen — stattgefunden und ist bis zu ihrem Schluß durchaus ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen. Der Riesenzug, an dessen Spitze Ministerpräsident Eisner in einem Automobil fuhr, setzte sich von der Theresienwiese aus um 1 Uhr mittags in Bewegung, um nach Durlachheim den Stadtmitteln wieder nach seinem Ausgangspunkt zurückzuführen. Im Zuge wurden zahlreiche rote Flaggen und Fahnen mit den Inschriften: „Gott die russische Räterepublik!“, „Gott das Rätesystem!“, „Gott die Diktatur des Proletariats!“, „Gott die Weltrevolution!“ uhm. getragen. Auch Bilder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren zu beobachten. Auf der Theresienwiese hielten dann verschiedene Redner, darunter Ministerpräsident Eisner und Dr. Redien, Ansprachen an die Versammelten. Letzterer stellte die Forderung auf, das gesamte Ministerium hinauszuwerfen und trat für die Errichtung einer Räterepublik ein.

Die Regierungskrise besteht fort.

München, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In München fanden am gestrigen Sonntag sozialistische Demonstrationen statt, an denen sich viele Soldaten beteiligten. Die Demonstrationen nahmen einen ruhigen Verlauf. Zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

Die Regierungskrise ist noch nicht gelöst, sie besteht vielmehr unvermindert fort. Es herrscht hier aber der Eindruck, daß ihre Lösung nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann.

Sozialistische Einigung in Braunschweig?

Nach dem „Braunschweiger Anzeiger“, dem amtlichen Regierungsbogen der Republik Braunschweig, sind seit einigen Tagen greifbar die Faktionen der beiden sozialdemokratischen Parteien Verhandlungen im Gange, welche die Aussicht auf eine Einigung eröffnen. Es würde sich darum handeln, eine neue Regierung zu bilden, an der auch die Mehrheitssozialisten beteiligt sind, und es würden auch Neuwahlen zu den K. und S.-Räten statzufinden haben. Kommt eine Einigung auf dieser Grundlage zustande, würde wahrscheinlich auch das von der

Die Einheitschule.

Sieben Leitätze von Dr. Max Kpel.

1. Die allgemeine Frage der Erziehung und Bildung ist eine Sache des Volkes, der Gesamtheit, und muß von diesem Volksganzen aus der Idee der Volksgemeinschaft heraus entschieden und verwirklicht werden. Die Einzelfragen unterliegen dem Urteil einer besonderen pädagogischen Einsicht und Erfahrung.
2. Grundgedanke aller Erziehung und Bildung ist: der gesamten Volksgemeinschaft die Möglichkeit zu geben, alle geistigen und körperlichen Anlagen und Fähigkeiten zu entwickeln und zu vervollkommen, den Verstand nach seinen mannigfaltigen Richtungen auszubilden, das Bewußt zu allem Höheren und Erhabenen aufzurichten, das Wollen auf das Große und Gute hinzulenken.
3. Grundforderung ist: freie Bahn allen Kindern unseres Volkes, unabhängig von allen Zufälligkeiten der Geburt, des Ranges und Standes, von Geld und Gut, allein bedingt von den geistigen, sittlichen Gaben, die der Genius der Nation der Jugend als heilige Pflicht in Herz und Kopf eingepflanzt hat!
4. Die Durchführung dieser Grundforderung ist geboten durch das Interesse a) des Staates, b) der Persönlichkeit und c) der Pädagogik. a) Im Staatsinteresse liegt die Entfaltung aller Kräfte, die als Naturgeschehn, als Wabe des Volksgeschehens dem Ganzen dargeboten sind. Die bisherigen höheren Schulen waren wesentlich Ständeschulen, mehr noch Selbstschulen. Die von Natur verliehenen Geistesgaben sind aber vom Steuerzettel unabhängig. Alle jene schweigenden, sich auf Vererbungsgesetze und statistische Nachweise stützenden Beweise dafür, daß die soziale Stellung der Eltern im ganzen der geistigen Begabung der Volksschichten, also auch der Kinder, entspricht, sind Täuschungen. Große Geister wie Kant und Fichte entstammten ärmsten Volksschichten, und die allgütige Erbschaft widerspricht jenem vermeintlichen „Naturgesetze“.
- b) Jeder einzelne hat die Pflicht, seine ihm gegebenen Fähigkeiten zu entwickeln; nur in diesem Streben kann er sich zu einer Persönlichkeit entfalten. Die Volksgemeinschaft hat die ständige Aufgabe, jedem Volksgenossen die Erfüllung dieses Pflichtgebots zu ermöglichen.
- c) Das pädagogische Interesse verlangt die Einheitschule, wenn die Einheitschule als Regenschule aufgefaßt wird. Es ist eine der erstaunlichsten Verleumdungen und Sonderbarkeiten, daß gerade aus den Kreisen der Oberlehrer, Direktoren, Schulräte und Schul-

meister sich ein so heftiger und allgemeiner Widerstand gegen die Einheitschule erhoben habe. Ein gut Teil des sogenannten „Schulelends“, eines Glanzes für Schüler, Eltern und Lehrer, rührt ja nur aus der Rückertigkeit der Einheitschule her. Indem früher die materielle Lage der Eltern den Ausschlag gab, finden sich in den Klassen der höheren Schulen Kinder zusammen, die zum großen Teil den Anforderungen nicht gewachsen sind. So wird die Schule den Kindern, Eltern und Lehrern zur Qual. Die begabtesten Schüler werden gehemmt, die schwächeren überanstrengt, der Lehrer stellt sich einer unlöslichen Aufgabe gegenüber. Durch eine zweckmäßige Anleihe kommen alle zu ihrem Recht, und alle können sich ihrer Natur nach günstig entwickeln. Die pädagogische Kunst besteht ja nicht in dem mechanischen Eindringen eines gegebenen Wissensstoffes sondern in der lebendigen Entfaltung des Geistes, in der selbsttätigen Erzeugung des Wissens in den jugendlichen Köpfen. Dieser Aufgabe kann aber nur bei einer sinnvollen Scheidung der Geister genügt werden.

Die Volksschule, wie sie jetzt ist, bietet nicht die Gewähr einer zweckmäßigen Anleihe und richtigen Beurteilung der jugendlichen Geister. Allzuhäufig sind die Erfahrungen, daß die Schachstungen in den unteren Klassen der Volksschule verlagert haben. Auch in der Volksschule muß, wie in der höheren Schule, der Unterricht härter auf Selbsttätigkeit der Schüler eingestrichelt werden. Dann treten die mannigfachen Begabungen deutlich erkennbar hervor und können weiter berücksichtigt und gefördert werden.

Folgendes Schema würde die Idee solcher Einheitschule entsprechen: zuerst gemeinsame Grundschule auf 3-4 Jahre für alle, freilich auch hier schon Scheidungen, soweit das zweckmäßig ist. Die Grundschule findet für den größten Teil ihre Fortsetzung in einer Werkchule mit mehr Berücksichtigung der praktischen Anlagen. Ein kleinerer Teil geht über in die Mittelschule, und nach weiteren drei Jahren kann ein Teil der Mittelschüler in die Oberschule eintreten. Mittelschule und Oberschule stellen starke Ansprüche an theoretische Veranlagung. Für alle Schulklassen gemeinsam gilt aber die Forderung, besonders die eigenartigen Befähigungen nach Möglichkeit zu ihrem Recht kommen zu lassen und alle künstlichen Hemmnisse auszuheben. An Werk- und Mittelschulen schließen sich Hochschulen an. Für alle der Schule Entmachenden bieten aber Volkshochschulen und Volksbibliotheken eine dauernd fließende Quelle geistiger Ausbildung, edelster Freude und Genusses.

Ein solches Schulwesen würde das deutsche Volk zu einer wahrhaftigen Gemeinschaft zusammenschließen. All die elenden gesellschaftlichen Kastentrennungen, all die unwürdigen Standesvorurteile, all die erbärmlichen Nachforschungen nach dem „Stand“ der Eltern

würden in ihr verbodenes Nichts verschwinden, und wir alle uns in gemeinsamer Arbeit, in gemeinsamem Streben als Deutsche und Menschen zu einer großen einheitlichen Bestimmung zusammenfinden.

Notizen.

- Vorträge. Ueber Karl Sternheim und seine politische Komödie „Tobias rufe“ spricht Theodor Kordstein am 20. Februar abends 8 Uhr in der Aula Schillerstr. 38 in Charlottenburg.
- Ausgehend. Dr. Alfred Daniel gibt seinen letzten Heine-Vortrag am 18. Februar, 8 Uhr, im Reiterjause.
- Eine Eulenberg-Stunde wurde im gestrigen Kammerlunsalend von Reuz und Volkas bereitet. Eulenberg's Dichtung wirkt durch die klare Bestimmtheit ihres Empfindens und Schöners. In ihr ist keine Beimischung von Fremdem, das nicht unmittelbar zum Gegenstande gehört. Sie ist von grandester, männlicher Selbständigkeit. Kann ihr Wesen durch Frauenvortrag getroffen werden? Marianne Waischede's Ibrisches Sprechen hat gesunde Spannung jungen Geistes; die Verse wölben sich auf und bringen vor als lebendiges Bewußtsein der Seele; sie haben ein Urwürfeln vom Geiste des Dichters. Felix Robert Mendelssohn's Musik zu den Sonetten kam als zu nah (woran der Raum schuld war) nicht zu dem gewöhnlichen schönen Wirkung.
- Das Volkstüm vom Tode der alten gerallenden einsamen Windmühle beschäftigte der Vortrag der Exekutorin nicht. Man kann Tragik nicht wie ein irdisches Märchen entwickeln. Auch besteht beim Vortrag epischer Dichtung die Kunst darin, die Stimme streng hinter dem Werke zurückzuhalten. Was beim Ibrischen gestaltet sein darf, ist hier verboten; das Eigene des Stimmlichens darf sich nicht einmischen. Fehlt es an dieser Bucht, so wird die Wirkung der Tatsachen, aus deren Folge das epische Werk sich baut, empfindlich unterbrochen und geschwächt.
- Für die Schulgemeinde! Die Gründung einer „Vereinigung der Freunde der Schulgemeinde“ wurde im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium von einer Versammlung des Bundes „Aufbau“ der Jungsozialen Lehrergemeinschaft beschlossen. Die Versammlung wählte einen vorbereitenden Ausschuß, der auch eine Petition an das Kultusministerium einreichen soll, durch die eine Erklärung des Ministers zu seinem Schulgemeinderat vom 27. November 1918 erreicht werden soll. Interessenten der Bewegung wenden sich an 6. Schüler, Berlin NW. 23, Brückenallee 17.
- Das Werkstättenboot. Werkstättenautomobile, also selbstfahrende Werkstätten, zu bauen, ist längst überlebt. Nun haben sich die Amerikaner, wie die „Umsond“ mitteilt, auch eine fliegende Werkstätte zu Wasser das Werkstättenboot geleistet. Dieses Motorboot soll eine überaus schnelle Fahrt machen. Sobald es an der Stelle angelangt ist, an der eine Reparatur durchzuführen ist, schaltet man die Maschinen um und diese betreiben dann die Arbeitsmaschinen der Werkstatt, die auf dem fliegenden Motorboot für alle Fälle, die sich ereignen können, eingerichtet sind.

